

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Stettener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Stettin“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitungen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Kotationsdruck und Verlag der Brühl'schen Universitäts- und Steindruckerei.
H. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 55. 51.
Redaktion: 55. 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

191. Sitzung. Montag, den 19. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Richter, Casper.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Der Etat für das Reichsamt des Innern.

(Zweiter Tag.)

Abg. Bassermann (Natl.):

Am Sonnabend ist beschlossen worden, die Ausprache in einen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Teil zu trennen. Auf diese Trennung sind aber die Redner nicht eingegangen. Der Reichstag ist praktisch nicht durchführbar. Ich beantrage, den Beschluß wieder aufzuheben.

Abg. Gräber (Zentr.):

kommt zu.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Es ist möglich, wenn die Debatte fortwährend durcheinandergeht, wenn ein Redner von der Raul- und Klauenscheide über die Reduktion zum Berliner Polizeipräsidenten führt. (Heiterkeit.) Aber diesmal wollen wir noch bei der alten Methode bleiben.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.):

Wir sind mit dem Vorschlag Bassermann einverstanden. Der Antrag Bassermann wird angenommen.

Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren (Zentr.):

Die deutsche Volkswirtschaft steht vor einer Depression der Konjunktur. Allgemein oder glaubt man, daß diese Depression nicht sehr tief gehen und nicht sehr lange anhalten wird. Sie ist international, sie zeigt sich in China, Argentinien und Indien. Verschiedene Wirt mit der Rückgang der Goldausbeute in Transvaal. Wie lange diese volkswirtschaftliche Krise dauern wird, ist schwer zu entscheiden. Aber alles spricht dafür, daß die aufgetauchten Vorräte ziemlich schnell aufgebraucht und damit die Lieberproduktion beseitigt wird. Auch die Weltknappheit, die zeitweise bedenklichen Umfang angenommen hat, ist ja schon ziemlich vorüber. Aber man darf nicht übersehen, daß von der Erholung des Geldmarktes bis zur Erholung des Kapitalmarktes heute ein viel weiterer Weg ist als bei früheren Depressionen. Das hängt zum Teil zusammen mit den gewaltigen Leistungen in allen Ländern. Im Gegensatz zu früherer Zeit geht mit der Depression auf dem Geldmarkt eine tiefe Depression des Anleihemarktes Hand in Hand. Wenn der Kapitalmarkt liquid werden soll, ist die dringende Bedingung nötig.

Sehr bedenklich ist es dabei, daß eine wahre Sintflut von Kommunalanleihen den deutschen Kapitalmarkt überflutet. Trotz hier kein Wandel ein, dann ist von einer Gesundung des Kapitalmarktes keine Rede. Der Deutsche Städtebund sollte erwägen, wie diese Anleihen nach Möglichkeit eingekauft werden können. Auch die ausländischen Anleihen sollten dem deutschen Markt in diesem Jahr ganz ferngehalten werden. Wir müssen bedacht sein auf die Liquidität der deutschen Volkswirtschaft. Der deutsche Außenhandel weist einen Rückgang der Einfuhr im reinen Warenverkehr und eine Steigerung der Ausfuhr von 8 auf 9,1 Milliarden Mark auf. Die Folge davon zeigt sich in der deutschen Zahlungsbilanz. Sie war im Jahre 1913 aktiv, ja selbst die Handelsbilanz war zum erstenmal in diesem Jahre zwei Monate lang aktiv. Besonders bemerkenswert ist die Vermehrung unseres Viehstandes. Das widerlegt sich die Theorie des Abg. Hoff, daß die Zollpolitik eine Verminderung des Viehbestandes herbeiführen muß. Ebenso unrichtig ist die weitere Theorie, daß die Steigerung der Fleischpreise eine Folge der Wirtschaftspolitik ist. Auch die Deutung mit der künftigen Steigerung der Getreidepreise durch unsere Zollpolitik ist durch die Tatsachen glänzend widerlegt. In Bayern häufen sich die Vorräte und bleiben infolge der Zahlungsnot unverkäuflich. Unsere Exportverzögerung wird leider wesentlich gehemmt durch die Preispolitik unserer Rohstoffverarbeiter. Das Kohlenfundament trägt Schuld daran, daß die Kohlenpreise in Deutschland die höchsten in der Welt waren. Trotzdem geht das Risiko daran, wieder dem Kohlenfundament die Möglichkeit zu geben, die Preise, die jetzt etwas, wenn auch nicht lange genug, herabgesetzt sind, herauszugeben. Ich würde wünschen, daß die Regierung die Erklärung abgibt, daß nicht wieder, wie im Jahre 1912, dem Syndikat vom preussischen Risiko die Möglichkeit zur Preissteigerung gegeben wird. Aber ich fürchte, diese Erklärung wird nicht erfolgen.

Ebenso hat der Deutsche Stahlwerksverband die außerordentlich starke Differenzierung der Inland- und Auslandpreise beibehalten. Der preussische Risiko hat es nicht verstanden, bei ihm seine starke Stellung als Verkäufer auszunutzen und so der deutschen Volkswirtschaft hohe Summen zu ersparen. Bei Erneuerung der Zölle müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß die Schutzhölle auch der Fertigungsindustrie zu gute kommen. Wie sieht der Staat zu diesen großen Gebirgen? Da sie eine gewisse Monopolstellung besitzen, muß der Staat ein gewisses Aufsichtsrecht für sich in Anspruch nehmen. Im Bundesrat schwächen nach Ermüdungen; im vorigen Jahre erklärte der Staatssekretär unter dem Widerspruch der Sozialdemokraten, wie seien für Staatsmonopole noch nicht reif. Dabei hat er inzwischen das Petroleum-Monopol eingebracht. Ohne ein genügendes Aufsichtsrecht des Staates müssen diese Privatmonopole schließlich zu schlimmen Kompensationen mit dem Auslande führen. Der Reichstag muß verlangen, daß ihm Übersichten der sich ergebenden Ermäßigungen vorgelegt werden. Handelspolitisch sind die sozialistischen Maßnahmen Amerikas von Interesse. Es hat Differenzierungen geschaffen, die eine unfreundliche Haltung gegen Deutschland darstellen und die wir und nicht gesellen lassen dürfen. Reklame Klagen werden über Frankreich erhoben. Mexiko hat inzwischen seinen Zinsdienst eingestellt. Was bedeutet die Reichsregierung zum Schutz der geschädigten Verbraucher amerikanischer Staatsanleihen zu tun? Finden tatsächlich deswegen Besprechungen zwischen den europäischen Großmächten statt? Im vorigen Jahre haben wir eine amtliche Produktionsstatistik verlangt, hoffentlich erhalten wir sie bald.

Abg. Reinath (Natl.):

Auch im vergangenen Jahre hat die deutsche Volkswirtschaft große Schritte vorwärts gemacht. In vieler Beziehung ist Deutschland vollständig an die Seite Englands gerückt, wenn auch der englische Außenhandel noch immer den deutschen übersteigt. Wir haben doch eine starke Steigerung des deutschen Exports, die höher zu bewerten ist, als eine solche in weniger entwickelten Ländern. Die politischen Wirren des letzten Jahres haben vielfach zu einer Einschränkung der Unternehmungen geführt. Dazu kommt der hohe Zinsfuß, welche haben ein gewisses Sinken der Konjunktur verursacht, das aber noch nicht gleichbedeutend mit Stillstand zu sein braucht. Jedenfalls hat die deutsche Volkswirtschaft in dieser Zeit große Widerstandskraft gezeigt, ein erstes Zeichen der Gesundheit. Es ist nur richtig, die größere Liquidität der Banken aufrechtzuerhalten. Das deutsche Publikum gewöhnt sich allmählich immer mehr an den Verkehr mit Papier. In der Halpproduktion hat sich ein gewisses Uebermaß gezeigt. Die Kraft und Organisationsfähigkeit des deutschen Unternehmertums können unter Um-

ständen getragenerische Maßnahmen notwendig machen, aber vergessen wir nicht, daß die großen Organisationen heute eine Notwendigkeit sind, und daß unsere Unternehmungen ihre Arbeiter auch bei schlechter Konjunktur nicht zu entlassen gewöhnt sind.

Auswärtige der Organisation beurteilt auch die nationalliberale Partei. Aber viel gefährlicher als irgend einer der deutschen Verbände erscheint das Eindringen amerikanischer Trusts mit amerikanischen Geschäftsgewohnheiten. Wegen des Petroleum- und Tabaktrust müssen wir Front machen. Eine wichtige Quelle unseres wirtschaftlichen Fortschritts ist die enge Verbindung von Wissenschaft und Gewerbe. Auch die gute Disziplin und Organisationsfähigkeit der Arbeiterschaft haben das Herz gegangen ist, wo er Disziplin gelernt hat. Daß die Sozialpolitik das Volk entwertet und verweichlicht, kann ich nicht anerkennen. Sie hat aber z. B. unser Armenwesen ganz erheblich entlastet und für Kranke und Arbeitsfähige vortrefflich gefordert. Die Industrie muß Expansion ermöglichen haben. Alle rigoreose Bestimmungen dürfen sie nicht einschränken. Die schwarze Kapitalisierung des Rentenwesens erscheint nicht wünschenswert. Bei Streiks sollen die Behörden mit Takt und Ruhe, aber auch mit Festigkeit auftreten. Erfolgreich ist, daß die Jugendpflege, auch vom preussischen Staat, energisch aufgegriffen worden ist. Öffentlich beteiligt sich auch das Reichsamt des Innern an diesen Bestrebungen, ohne daß Kompetenzkonflikte entstehen.

Dagegen lassen die Vorbereitungen der Olympischen Spiele in Berlin viel zu wünschen übrig. Hoffentlich kommt es hier noch zu besseren Beschlüssen des Reichstages. Hinsichtlich der Wanderfürsorge würden wir ein kräftiges Eingreifen des Reiches. Wanderer müssen jederzeit an Stellen gebracht werden, wo Arbeit zu finden ist. Damit könnte auch die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden. Wir brauchen ein lückenloses Netz von Arbeitsnachweiser über das ganze Reich. Die Bekämpfung der Tuberkulose verdient noch wirksamere Unterstützung. Im Wohnungswesen wünschen wir eine Regelung des Erbbaurechts. Die Schädlinge des Kleingewerblieben Lebens lassen sich nur langsam, nach und nach, entfernen. Höchst erfreulich aber ist die allmählich beginnende Organisation des Kleingewerbes. In der Praxis läßt sie freilich zu wünschen übrig. Handwerker, die in der Bewegung stehen, lassen sich selbst Unterbietungen zu Schulden kommen. Deshalb muß das Subventionswesen einheitlich von Reich wegen geregelt werden. Dasselbe gilt vom Jugenderwerb. Die neueren Viehzählungen haben erfreulicherweise ergeben, daß die deutsche Landwirtschaft imstande ist und imstande sein wird, den einheimischen Bedarf zu decken. Dank der guten Ernte ist sie in guter Lage, dagegen steht es mit dem Weinbau geradezu hofflos, namentlich dort, wo kein Qualitätswein getrunken wird. Die Erhöhung des Kalifonds kommt hoffentlich der Förderung der Moorkultur zugute.

An den Richtlinien der Wirtschaftspolitik halten wir unbedingt fest. Es besteht darin kein Gegensatz zwischen der Forderung des Abgeordnetenhauses und der des Reichstages. Das Gegenteil kann nur der Parteigewalt behaupten. Wir halten unbedingt fest an unserem Botschaft auch für die Landwirtschaft. (Bravo!) Er muß allerdings ein Korrektiv finden in der Förderung des inländischen Verkehrs z. B. durch den Bau des Mittelkanals. Die Industrie findet ihre beste Stütze in Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse, Organisation und durch Veranlagung von Kapital. Darin wird sie uns immer auf ihrer Seite finden. Es ist schade, daß sie auf den großen Forderungen nicht immer vertritt ist. Der Giftwörterprozeß Hopf hat gezeigt, daß der Handel mit Kulturen giftiger Batterien verboten werden muß. Dasselbe gilt vom Woffenhandel. Die deutsche Sozialpolitik bedarf eines breiten Fortschritts, wie es bisher der Fall war. Wir werden sie stets unterstützen. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Graefe (Natl.):

Die Auffassung, als ob wir die Absicht hätten, mit der Sozialpolitik Schluss zu machen, ist irrig. Wir bestehen unter Sozialpolitik allerdings nicht bloß Arbeiterfürsorge, sondern den dauernden Ausgleich der sich bekämpfenden wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Bevölkerungsschichten. Allerdings haben wir Bedenken gegen ein übertriebenes Tempo mit schematischer Einseitigkeit in dem Ausbau der Sozialpolitik. Die tatsächliche Lohnsteigerung ist von der Arbeiterschaft erreicht worden, um einen Ausgleich mit den erhöhten sozialpolitischen Lasten zu schaffen. Das hat selbst Bebel zugegeben. Man sieht also, daß eine gewisse Vorarbeit bei der Neubekämpfung der Bevölkerung mit sozialpolitischen Ausgaben obwalten muß. Die Landwirtschaft aber ist nicht in der Lage, durch Erhöhung der Getreidepreise einen Ausgleich für die sozialpolitischen Lasten herbeizuführen, da die Getreidepreise durch den Weltmarkt mitbestimmt werden. Warum ruft denn die Arbeiterschaft immer noch der gesellschaftlichen Hilfe? Ist sie nicht imstande, aus eigenen Mitteln den angeblichen Notständen abzuwehren? Wozu werden denn eigentlich die kolossalen Kapitalien in den Gewerkschaften angeammelt?

Die Folgen unserer übertriebenen sozialpolitischen Gesetzgebung zeigen sich jetzt z. B. bei der Reichsversicherungsordnung. Man könnte es fast mit Schadenfreude begreifen, daß jetzt die Gewerkschaften zum Teil an eigenen Seilen die Rache empfinden, wie bei der Forderung von der Grundbesitzerbesteuerung, die z. B. in Schöneberg grundlos abgelehnt wird und dem dortigen liberalen Kommunalverein zu energischem Widerstand Anlaß gibt. In der Frage der Jugendfürsorge sind auch wir für ein humanitäres Eingreifen und wollen das Reichsamt des Innern gern unterstützen, wenn es auf diesem Gebiet etwas unternehmen will. Allerdings werden wir die Dinge nicht über einen Rammscheren lassen und schematische Regeln aufstellen. Wir bedauern es, daß die Reichsunterstützung für die Olympischen Spiele abgelehnt wurde. Wir beabsichtigen, die Wiederherstellung dieses Staatspostens zu beantragen. Wenn die Sozialdemokraten, nach der Meinung des Abg. Schmidt, das Recht der freien Persönlichkeit wirklich wahren wollen, dann müssen sie freng logischer Weise mit uns eintreten für den Schutz der Arbeitswilligen. Nur dann geben sie dem Arbeiter wirklich die Möglichkeit, sich zu sozialisieren, wo er will. (Beifall.)

Ich bekenne mich unerschrocken als Freund des Organisationswesens. Ich begrüße deshalb mit aufrichtiger Sympathie alle nationalen Arbeiterorganisationen. Es ist bedauerlich, wenn gegen die wirtschaftsfriedlichen Verbände der Arbeiter auch von bürgerlicher Seite der Vorwurf der Feigheit erhoben wird. In Wirklichkeit gehört ein großer Teil für einen Arbeiter dazu, sich einem solchen Verband anzuschließen. Wenn man den Arbeitern das Koalitionsrecht geben würde, so wäre die Gefahr der künstlichen Verdrängung von Risiken unermesslich. (Unruhe b. d. Soz.) Auch das patriarchalische Verhältnis der Landarbeiter zum Arbeitgeber (Börmende Juruse bei den Soz.) würde dadurch vernichtet. Mit größtem Nachdruck muß aber dem Mißbrauch des Organisationswesens, dem Organisationswahn, entgegengetreten werden. Die Erkenntnis für diese Notwendigkeit wächst überall im Lande. Ich brauche nur an die nationalliberale Arbeitswissenschaftskommission, an die Beschlüsse des Industrie-

rats des Danja-Bundes und an die goldenen Worte zu erinnern, die der nationalliberale Abg. Dr. Wöhring im Abgeordnetenhaus unter dem Beifall seiner Freunde gesprochen hat. Wenn wir alle der Meinung sind, daß das Streikpostenwesen ein Schaden ist, dann sollten wir doch als Männer so offen verfahren und nicht um die Entscheidung herumfickeln. Ich bedauere insbesondere den ablehnenden Standpunkt der christlichen Gewerkschaften auf dieser Forderung. Wir werden unseren früheren Antrag auf Verbot des Streikpostenwesens in Form einer Resolution wieder einbringen. Wir glauben damit vor allem auch dem Interesse des gewerblichen Mittelstandes zu dienen. Der Verbot des preussischen Handelsministers gegen den Warenhandel der Beamten sollte auch auf die Reichsbeamten ausgedehnt werden.

Die Gründung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes begrüßen wir als eine heilsame Tat für den Mittelstand. Wenn die Freisinnigen der Mittelstandsorganisation nicht besonders sympathisch gegenüberstehen, so kann ich das begreifen, denn wenn durch eine richtige Organisation der Mittelstand aufgefächert wird, dann wird er sich bald von dem Freisinn abwenden, dem noch die Grundsätze der Forderung der absoluten Gewerbefreiheit und des absoluten Freihandels anhaften. (Zurufe b. d. Sp.) Der Abg. Wend von der Sozialdemokratie hat von dieser Stelle aus erklärt, daß die Zentralgewerkschaftsbüro in Dessau 30 bis 40 Bademeister ruiniert hat zum Nutzen von 4000 Arbeitern, die einen Vorteil von 10 Mark pro Kopf davon gehabt hätten. Er hat aber hinzugefügt, es sei wirtschaftlich und sozial kein Unglück, wenn die armen, durch und durch abhängigen Existenzen des sog. kleinen Mittelstandes zu Grunde gingen. (Beif. Hört! Hört! rechts.) Ein klareres Verständnis zu der großen menschlichen allgemeinen Menschlichkeit, zu der Gleichberechtigung aller Menschen kann man sich nicht denken! (Großer Beifall rechts.) Wenn ein so kleiner Verein wie Dessau so viel Existenzen ruiniert, wie viel ruinieren erst die großen in Hamburg und Berlin? Wir sind noch wie vor für eine besonnene, den praktischen Verhältnissen gerecht werdende Sozialpolitik nach dem Grundsatz: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Bodpich (Soz.):

Die Grubenarbeiter Oberschlesiens sind noch wie vor vollkommen rechtlos gegenüber der Laune und Willkür der Grubenbesitzer.

Dienstag, 20. Januar, 1 Uhr pünktlich: Anfragen, Weiterberatung.

Schluß nach 6 Uhr.

Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes in Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck im Dezember 1913.

Erstattet vom Mitteldeutschen Arbeitsnachweiserverband in Frankfurt a. M.

In der Metallindustrie trat im Berichtsmonat keine Besserung in der Geschäftslage ein. In Kassel läßt das Weihnachtsgeschäft keinen merkbaren Einfluß aus. Für die Eisen- und Metallwarenindustrie gingen wenig Bestellungen ein; eine große Anzahl von Handwerkern war genötigt, anderweitige Arbeit anzunehmen. In Worms war die Geschäftslage außerordentlich schlecht. Die Zahl der offenen Stellen hat seit Jahren keinen solchen Tiefstand erreicht, wie im Berichtsmonat. Für Bauschlosser, Dreher, Glaser und Formner wurden überaus viele offenen Stellen gemeldet.

Für Sattler und Tapezierer war wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden, meistens wurden die Leute nur zur Ausbesserung für Reparaturarbeiten verlangt. In der Industrie der Holz- und Schnitzerei stellten nach dem Bericht der Arbeitsvermittlungsstelle Frankfurt a. M. größere Holzfabriken ihren Betrieb wegen Arbeitsmangel ein, auch wurden an manchen Stellen ältere Arbeiter entlassen, die schon jahrelang im Geschäft waren. Der Deutsche Holzarbeiterverband in Frankfurt a. M. berichtet, daß die Zahl der Arbeitslosen im Berichtsmonat eine weitere Steigerung erlitten hat (191 gegen 104 im Dezember 1912). Aussicht auf bessere Konjunktur ist nach dem Bericht zurzeit noch nicht vorhanden.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband in Frankfurt a. M. berichtet, daß es in diesem Jahre in der Tabakindustrie im Berichtsmonat, der sonst der beste Monat im ganzen Jahr ist, Arbeitslose gab, die trotz eintägigen Bemühens keine Arbeit finden konnten. In Kassel blieb im Fleischerhandwerk das Angebot an Arbeitskräften hinter der Zahl der gemeldeten offenen Stellen zurück. Aus dem Bekleidungs-gewerbe liegen wenig Berichte vor. Frankfurt a. M. und Mainz berichten von einer Abnahme der offenen Stellen für Schneider; dagegen war in Worms die Geschäftslage für Schneider befriedigend. Für Schuhmacher sind in Mainz und Worms die offenen Stellen zurückgegangen.

Im Baugewerbe war nach dem Bericht der Arbeitsvermittlungsstelle Frankfurt a. M. die Arbeitslage sehr hart. Viele Bauanschläger wurden arbeitslos. Für Glaser, Rahmenmacher und Maurer war noch etwas Arbeitsgelegenheit vorhanden. Der christliche Bauarbeiterverband in Frankfurt a. M. berichtet, daß ein Teil seiner arbeitslosen Mitglieder durch Volksbäuer in der Heimat Beschäftigung gefunden hat. In Kassel war für Maler die Lage recht ungünstig; bei einer Gesamtzahl von 110 Arbeitsfindenden konnten nur 4 offene Stellen nachgewiesen werden und auch diese lediglich auf einige Tage. Aus Mainz wird vom Baupolizeiamt mitgeteilt, daß zurzeit vier hundertoffene und etwa ein Dutzend kleinere Wohnhäuser im inneren Ausbau begriffen sind, daß ferner 3 größerer Neubauten des Korpsbefehlungsamtes und 4 Privatwohnhäuser sowie mehrere Neubauten für militärische Zwecke demnächst begonnen werden. In Offenbach a. M. sind nach dem Bericht des städtischen Baupolizeiamtes im letzten Vierteljahr 176 Bauanlagen mit einem Gesamtwerte von 1.210.000 M. zur Schlussabnahme gekommen. Eingemietet und in Ansatz genommen wurden in diesem Zeitraum 111 Bauanlagen mit einem Gesamtwerte von 375.000 M. In Worms war es im Baugewerbe sehr still. Es wurden im Berichtsmonat neun angekauft 6 Wohnneubauten, 14 sonstige Neubauten und 2 Umbauten mit einer Gesamtsumme von 152.280 M. gegen 125.985 M. im Vormonat. In Fulda wurden im Berichtsmonat nur 10 Um- und Erweiterungsbauten im Gesamtbetrage von 2360 M. neu angekauft.

Im graphischen Gewerbe nahm nach dem Bericht des Deutschen Buchdruckerverbandes in Frankfurt a. M. nach Fertigstellung des Adreßbuches im Anfang des Monats die Zahl der arbeitslosen Setzer merklich zu.

Für ungelernete Arbeiter war der Berichtsmonat trotz des Weihnachtstages und des Schnees sehr schlecht, da auch viele arbeitslose Handwerker sich um Stellen bewarben, die in normalen Zeiten den ungelerneten Arbeitern vorbehalten bleiben. Kassenarbeiten wurden in mehreren Orten eingestellt. In Kassel fanden hierbei Arbeitslose in größerer Zahl Beschäftigung. In Mainz wurden in der zweiten Hälfte des Monats etwa 150 Arbeiter, zum Teil Löhner und ungelernete Arbeiter, mit Kassenarbeiten (gärtnerische Arbeiten und Steinlagen) beschäftigt. In der Zeit von Weihnachten bis Neujahr wurden außerdem etwa 120 Mann zur Säuberung herangezogen. An 82 Arbeiter wurde Arbeitslosenunterstützung bezahlt. In Darmstadt wurden 49 Mann mit Säuberungsarbeiten und 88 Kassenarbeiter am Strohbau beschäftigt. In Offenbach a. M. wurden 99

Arbeiter mit Rotlandsarbeiten und 130 mit Schneeschneisen beschäftigt. In Aschaffenburg wurden bei den hiesigen Rotlandsarbeiten durchschnittlich 50 Mann beschäftigt.

Im Gastwirts-gewerbe ist nach dem Bericht der Arbeitsvermittlungsstelle Frankfurt a. M. der Geschäftsgang gegen den Vormonat nicht besser geworden.

Hauptversammlung des Oberhessischen Obstdauereins.

Gießen, 18. Januar.

Heute fand im Hotel „Kellner“ eine Hauptversammlung des Oberhessischen Obstdauereins statt, die sich einer starken Beteiligung erfreuen konnte. Der 2. Vorsitzende des Vereins, Landtagsabgeordneter Breitenbach, begrüßte die Anwesenden und dankte für das zahlreiche Erscheinen. Dann ordnete er die Tagesordnung an. Der 1. Vorsitzende, Ministerialrat Dr. Schliephake, berichtete über die Tätigkeit der Obstdauer im letzten Jahre. Er schlug hierauf einen Antrag vor, den der Vorstand als neuen Vorsitzenden vor. Lehrer Busch-Veithgeßler stimmte dem Vorschlag zu und überbrachte zugleich die Grüße des bisherigen Präsidenten.

Kreisrat Reichert v. Schenk wurde einstimmig zum 1. Präsidenten des Oberhessischen Obstdauereins gewählt. Landtagsabgeordneter Breitenbach bot hierauf, man möge auch einen 2. Vorsitzenden wählen, da ihm infolge seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landwirtschaftsministeriums die Führung der Interessen des Vereins und derjenigen der Landwirtschaftskammer ausfallen würde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach längerer Aussprache nahm Herr Breitenbach jedoch das Amt nochmals an.

Darauf ging man zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung der Obstdauer. Der Antrag der Interessierten des Obst-, Wein- und Gartenbauvereins in Hessen über, nachdem das Ministerium die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung der Obstdauer, Wein- und Gartenbauvereins in Hessen beschlossen hat, wurde nach kurzer Beratung beschlossen, den Ratgeber für Obst- und Gartenbau, der in Friedberg herausgegeben wurde, weiterhin als Vereinsorgan beizubehalten, und eine weitere Stellungnahme zur Zeitungsfrage für später zu erlassen.

Mit der Hauptversammlung des Oberhessischen Obstdauereins war eine Hauptversammlung des Kreis-Obst- und Gartenbauvereins Gießen verbunden. Auf Antrag des Vorsitzenden dieses Vereins, des Kreisrat Reichert v. Schenk, wurde nach kurzer Beratung beschlossen, den Ratgeber für Obst- und Gartenbau, der in Friedberg herausgegeben wurde, weiterhin als Vereinsorgan beizubehalten, und eine weitere Stellungnahme zur Zeitungsfrage für später zu erlassen.

Aus Stadt und Land.

Gießen, 20. Januar 1914.

Zur Einkommensteuer in Hessen.

Ein rechtlicher Trost für die, die ständig über die wachsende Belastung der Massen reden, mag in der Tatsache liegen, daß sich die Einkommensverhältnisse in allen Schichten der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten, wenn auch langsam, aber doch immerhin gebessert haben. Mit dem allgemeinen Niedergang unseres Volkes hat es also — wenigstens im Großherzogtum Hessen — noch gute Weile.

Ein Blick auf die Tabellen, die von der Großherzoglichen Zentralstelle für die Landesstatistik aufgestellt worden sind, gibt uns das Recht zu dieser erfreulichen Behauptung. Danach betrug nämlich das gesamte veranlagte Einkommen 1913 651 Millionen Mark, während es sich im Jahre 1890 auf nur 275 Millionen Mark belief. Man wird einwenden, daß die gestiegene Kopfzahl der Bevölkerung dabei in Betracht zu ziehen sei. Dem ist nicht so. Auf den Kopf betrug das Einkommen 1913: 493 M., 1890 aber nur: 277 M.

Auch in den einzelnen Einkommensgruppen ist ein Aufschwung zu verzeichnen, mit einer Ausnahme: Die erste Klasse von 500 bis 900 M. Einkommen ist von 64,7 Proz. (1890) auf 36,1 Proz. (1913) gesunken. In demselben Zeitraum ist dagegen die Einkommensgruppe mit 900 bis 1700 Mark von 21,5 Proz. auf 43,4 Proz., mit 1700 bis 3000 M. von 6,0 Proz. auf 10,3 Proz., mit 3000 bis 4000 M. von 4,04 Proz. auf 5,46 Proz., mit 4000 bis 6000 M. von 1,90 Proz. auf 2,36 Proz., mit 6000 bis 8000 M. von 0,81 Proz. auf 0,91 Proz., mit 8000 bis 12000 M. von 0,30 Proz. auf 0,70 Proz. und in der Klasse mit 12000 M. und mehr Einkommen von 0,54 Proz. auf 0,75 Proz. gestiegen.

Es ist somit ersichtlich, daß die Einkommensverhältnisse aller Klassen gestiegen sind. Denn, wenn auch die Zahl der Personen, die nur ein Einkommen von 1700 Mark und weniger hatten, noch 71,5 Proz. der gesamten Bevölkerung ausmacht, so ist doch eine langsame Besserung dadurch zu verzeichnen, daß die Zahl derer, die der niedrigen Klasse angehören, stark zurückgegangen ist.

Das veranlagte Einkommen der nach der letzten Volkszählung gezählten 31 153 Einwohner des Kreises Gießen belief sich im Jahre 1913 auf 712 321 Mark, wovon an Steuern 580 634 Mark bezahlt wurden. In der Stadt Gießen zahlten die 14064 Steuerpflichtigen an Einkommensteuer 967 512 Mark.

Oberbibliothekar a. D. Professor Dr. Wilhelm Basse vollendet am 21. Januar sein 60. Lebensjahr. Zu Basse geboren, besuchte er das Gymnasium in Helmstadt, studierte klassische Philologie und Geschichte in Leipzig und Marburg und wurde 1876 Hilfsarbeiter an der Universitätsbibliothek der letztgenannten Hochschule. 1877 ging er in gleicher Eigenschaft nach Göttingen, erwarb sich 1877 mit der Dissertation „de metris polyphematistis“ den philosophischen Doktorgrad und wurde 1879 Bibliothekar an der Rainer Stadtbibliothek. 1896 erhielt er den Professortitel und 1907 trat er in den Ruhestand. Das Hauptgebiet seiner literarischen Betätigung war die Geschichte der Rheinlande und besonders die Vergangenheit von Mainz. Hierher gehört auch u. a. seine Arbeit über die Landgrafen und Großherzöge von Hessen-Darmstadt. Ferner veröffentlichte er „Kunstgeschichtliche Analecten“ (1882) und gab 1901/06 die Geschichte über die Verwaltung der Stadtbibliothek und des Gutenberg-Museums heraus, das er 1900 begründet hatte und dessen Leitung er bis zu seiner Uebernahme nach Gießen beibehielt. Zahlreiche Publikationen hat er in den Jahresberichten der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde.

Stadtkommission - Versammlung. Für die Sitzung der Stadtkommission-Versammlung am Donnerstag, den 22. Januar 1914, nachmittags 4 Uhr, ist folgende Tagesordnung aufgestellt worden: 1. Auslösung von Schulverschreibungen. 2. Mitteilung. 3. Baugesuch Ludwig Behrmann für die Erdenerstraße. 4. Beschaffung von Rabium. 5. Haltung eines Krankenautos durch die Firma Aronberg u. Schilling. 6. Anschluß der Sanitätskolonne an die Feuerwehreinlage. 7. Bauliche Veränderungen in der alten Klinik und Lieferung elektrischer Energie für Zwecke der Gewerbeausstellung. 8. Stiltung des Apothekenbesizers Th. Schwieder. 9. Rechnung der Armenkasse für 1912/13.

Rechnung der Bloßschen Stiftung für 1912/13. Preise für Grabgräbnisse. 12. Schallwand im Stadtverordneten-Sitzungsaal. 13. Grunderwerb für ein Transformatorhaus. 14. Anschluß des Wasserwerks Götterhof an die Ueberlandanlage. 15. Besuch des Stenographenvereins „Stolze-Schrey“ wegen Herabsetzung der Vergütung für die Benutzung eines Schulsaales. 16. Zuschuß zum Säuglingsheim. 17. Besuch des Georg Emil Baum am Erlaubnis zum Schankwirtschaftsbetriebe im Haus Steinstraße 21. 18. Desgleichen des Karl Birch im Haus Kaplansgasse 10. 19. Desgleichen des Johann Wasmuth für Bahnhofstraße 62. 20. Desgleichen des Otto Wenzel für Brandgasse 4. 21. Desgleichen des Heinrich Bönfel Chefrau für Hammstraße 15.

Winterfelddienst der 116er. Am Samstag in der Frühe um 6 Uhr rückte das Regiment Kaiser Wilhelm mit der Maschinengewehrabteilung und den Feldküchenfeldmarschmärgen nach der Wetterau ins Gelände. Die Mannschaften sollten zeigen, daß sie sich vor dem Wetter nicht fürchten, um den Felddienst zu üben. Bei Gumbach wurde mittags auf freiem Felde Halt gemacht und die Feldküchen dampften, daß es eine Lust war; noch größer aber war das Vergnügen, als ihnen die gelochten Speckbraten in die Feldkessel gelöffelt wurden. Gleich nach dem Essen gab es den bereiteten Kaffee, worauf der Marsch auf Buchbach losging. Die Stammmannschaften marschierten nach einer kurzen Pause auf dem Buchbacher Kasernenhofe auf dem direkten Wege nach Gießen zurück. Die erst im Oktober eingetretene junge Mannschaft wurde im Extrazuge in die Garnison zurückbefördert.

Fürsorge für die heranwachsende weibliche Jugend. Der Gemeinde-Frauenverein und die Ortsgruppe des Allg. Deutschen Frauenvereins hatten Fr. Gr. v. Diehl aus Frankfurt a. M. veranlaßt, am Samstag Abend über obiges Thema im großen Hörsaal der Universität zu reden. Fr. Diehl betrachtete zunächst die durch das gegenwärtige Maschinenzeitalter veränderte Lage der weiblichen Jugend in Deutschland, wodurch eine ständig wachsende Ausbeutung der Hausproduktion statttrat, dagegen die Notwendigkeit des Selbstdienens an immer weitere Kreise herantritt. Demzufolge steigt auch der Prosentatz der erwerbstätigen Frauen. Diese Tatsache bringt zwar manche Vorteile mit sich, birgt aber auch mancherlei Gefahren und Nachteile. Der Stolz der eigenen Tätigkeit, der erregenden Selbsttätigkeit, dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit für sich selbst und die Gesamtheit, treten die Loslösung von der Gemeinschaft der Familie, die Untergrabung aller Autorität, die Unkenntnis der sittlichen Gefahren, die verderbliche Freude an Tand und Schein als lästige Begleitumstände gegenüber. Besonders zu beklagen ist, daß die entsetzliche Verleumdung der Fabriklebens angezogene Scharen junger Mädchen den Problemen der Ehe so gänzlich unvorberichtet gegenüberstehen, daß sie vielmehr durch Lebensnot, Alkoholbedürfnis und mangelnde Aus- und Weiterbildung der Unfähigkeit in die Arme treibt. Eine laze Auffassung der ethischen Pflichten, durch die Propaganda der neuen Ethik gefördert, greift um sich. Da erhebt sich nun die Frage, ob Hilfe nötig ist, ob sie möglich ist und was da helfen mag. Daß ein Gegengewicht nötig ist, erscheint wohl zweifellos. Die wachsende intellektuelle Bildung kann aber nicht allein die Umstände bringen, wird doch durch sie viel Weibliches und Feines vernichtet. Die Familie vermag auch nicht alles, ist immer immer willig noch geduldet. Es ist ein unumstößliches Naturgesetz, daß der junge Mensch jemand drauhen braucht, der ihm helfende Hände entgegenstreckt. So erwacht von selbst die Notwendigkeit organisierter Jugendpflege um neben der intellektuellen Bildung und dem gesellschaftlichen Schicksal auch Charakter- und Herzensbildung zu vermitteln. Weiter ging die Vortragende auf die Geschichte und den gegenwärtigen Stand der Jugendpflege ein und bestrich als letzten Punkt die Frage, wie solche Jugendpflege zu gestalten habe. Gewiß sei Leitung nötig, aber sie dürfe nicht in Bevormundung ausarten, nicht in Langeweile und Bedrögnis überleben. Zu vermeiden sei auch die Gefahr der Schmeichelei, um ein Entgleiten zu verhindern. Die Jugend darf sich nicht für die Hausarbeit halten; sie darf nicht der Familie entfremdet werden. Wer mitarbeiten sollte? Nun, jeden geht die Sache an, jeden, der einen Tag zum heranwachsenden Geschlecht zählt und imstande ist, die nötigen Vorkenntnisse zu vermitteln. Eines aber muß man sich vor allem klar machen: Hinter dem Worte steht etwas Schwerwiegendes, das Lähmung oder Kraft gibt; das ist das Vorbild. Unter lebhaftem Beifall konnte Fr. Diehl ihre gediegene Ausführungen schließen.

Kirchenrat und Volksbedürfnisse. Behandelte der frühere katholische Pfarrer, jetzige freikirchliche Prediger und Lehrer Herr Dr. J. Schiller aus Frankfurt a. M. gestern Abend in einem öffentlichen Vortrage im Hotel Einhorn. Der Redner bekannte, kein Prophet einer neuen Sache sein zu wollen, sondern nur die gegenwärtigen Formen der Staatskirche und ihren Einfluß auf die Bedürfnisse des Volkes zu beleuchten. Diese Bedürfnisse seien keineswegs allein materieller Art, vielmehr greife der früher allein den höheren Ständen zugeordnete Bildungshunger auf immer weitere Schichten über, und wenn man auch seine feine Altruismus fördern wolle, so gelte es doch, logische Arbeit zum Allgemeinwohl des Volkes zu machen. Solch arbeitsreiches Streben sei ebenso zu begreifen wie die Fortschritte in Technik, Handel und Wohlstand. Das deutsche Volk sei im friedlichen Konfessionskampf der Völker nur dann imstande, in Ehren zu bestehen, wenn es in Wissen und Geisteskraft hervorragendes leiste. Wohl könne es scheitern, als sei die Kirche vor allem berufen, der Bildungsnot abzuhelfen; in Wirklichkeit aber pflege sie die Köpfe nur mit Wachsöl voll und betrachte zu viel Wissen als schädlich. Das gelte nicht nur für die katholische, sondern auch für die evangelische Kirche. Dieses Uebel sei die Notwendigkeit der Gläubigen zur Unchristlichkeit vor sich selbst. Dieser Vorwurf treffe auch die sog. liberale Theologie, die sich nicht von Worten trennen könne, die von den Jüngern geradezu mißverstanden werden müßten. Nur auf Grund völliger Freiheit könne Achtung vor der einzelnen Persönlichkeit erwachsen. Die Freiheit des Christenmenschen sei im letzten Grunde allein die, zu tun, was der Priester lehrt. Die Wohlthaten der Kirche laufen auf einen Handel mit dem Himmel oder auf den Dienst vor dem Reichthum hinaus. Darum seien die wahren Vaterlandskenner nicht außerhalb, sondern innerhalb der Kirchen. Eine wahre Reformation dieser sei unmöglich, nur reinliche Scheidung angeordnet. Doch dürfe niemand an Trennung von Staat und Kirche denken, sondern — wo irgend möglich — mit der eigenen Person vorangehen. Damit sei keineswegs ein Beweis von Unchristlichkeit gegeben; ein Verbleiben von kirchlich Ungläubigen im Schoße der alten Einrichtung aber würde geradezu lächerlich. Wer nicht die freie Tat wolle, dürfe auch nicht vom freien Gedanken schwärmen.

In der freien Aussprache bekannte sich Herr Prediger Euler als ein Mann, der gerade um seines entschiedenen Christentums willen aus der Staatskirche ausgetreten sei. Wissen, Achten, Kraft bleiben ewig Stadien, aber der persönliche Halt, den er in dem lebendigen Christus gefunden habe, helfe ihm über alle Schwierigkeiten hinweg. Herr Dr. Spöhr betonte demgegenüber, daß gerade dieses religiöse Leben einer Autorität entbehren könne; ihm sei Christus wohl ein Vorbild, aber keine Autorität. In seinem Schlusswort gab Herr Dr. Schiller seiner Freude über jede ehrliche Vornehmheit Ausdruck. Unterwies: würden stets bleiben; aber viel sei schon erreicht, wenn es gelänge, Anderenlebende an friedliches Nebeneinanderleben zu gewöhnen.

Ein Gastwirtsvereinigung des Großherzogtums. Die freie Gastwirts-Innung in Darmstadt hat auf ihre Innungsversammlung angesetzt und beschlossen, den Bezirk der Innung auf das ganze Großherzogtum auszudehnen. Die Gründe, die in der Versammlung zu dem Beschlusse führten, sind folgende: Bis vor Jahresfrist wurden die Interessen der hiesigen Gastwirtsvereine ausschließlich von dem Gastwirtsverein in Darmstadt wahrgenommen, der seinen Wirkungsbereich über das ganze Großherzogtum erstreckt. Die in Darmstadt wohnenden Mitglieder des Vereins schlossen sich nun Ende 1912 zu der Gastwirts-

Innung Darmstadt zusammen. Beide Vereinigungen hatten eine gemeinsame Verwaltung, insbesondere denselben Vorstand. Auch die Mittel liefen sich bei dem Zusammengehen der Ausgaben und dem Zusammenhang des Vereins- und Innungslebens namentlich im Hinblick auf die geschäftliche Entwicklung leicht trennen. Nur die Formen der beiden Korporationen sind verschieden. Da hierdurch Schwierigkeiten bei der Führung der Verwaltungsgeschäfte entstanden sind, so entschloß man sich, auch die außerhalb Darmstadt wohnenden Mitglieder des Vereins in den Kreis der Innung einzubeziehen. Damit wird einerseits die Erleichterung eines besonderen Gastwirtsvereins erheblich, andererseits erleichtert sich die ganze Geschäfts- und Rechnungsführung der Innung. — Da bei den übrigen Gastwirtsvereinen der 3 Provinzen und auch bei den Verwaltungsbehörden keine Bedenken über die Ausdehnung des Innungsbezirks vorliegen, wird die Genehmigung hierzu durch das Groß. Ministerium erfolgen.

Altenheimlicher Verband. Der Altenheimliche Verband veranlaßt, wie uns geschrieben wird, am nächsten Samstag im Hotel Schütz einen Vortragsabend mit Lichtbildern, an dem Herr Dr. jur. Albr. Dehler über das Deutschthum in Bosnien und die Frage der Großgrundbesitzeranteile zum Zweck der Anziehung von Kleinbauern sprechen wird. Herr Dr. Dehler ist seit mehreren Jahren in Bosnien tätig als Delegierter des Kaiserlichen Kommissars in den dortigen deutschen Bauernkolonien und eben auf dem Rückweg nach Bosnien begriffen.

Die Herrin des Nils. gelangt zurzeit im Lichtspielhaus zur Aufführung und lockt täglich durch den Reiz, der dem Drama vorausgeht, ein zahlreiches Publikum in das Theater. Dieser Reiz ist nicht unbedeutend. Was die Technik aus den lebenden Photographien hervorzubringen versteht, in dieser Geschichte der Königin Cleopatra, des von ihren Reizen umgarnten Liebhabers Marc Aurel und des hohen Römers Antonius hat sie alles vereinigt, um die beachtliche Wirkung zu erzielen. Kein vom technischen Standpunkte aus betrachtet, ist das Drama eins der besten auf dem Gebiete der Kinetographie. Prachtvolle Bilder in orientalischer Pracht, feine Szenen aus dem römischen Kriegesleben, Massenszenen in Ägypten und Rom, sie alle bieten, in raffinierter Regiekunst vereinigt, ein technisches Kunstwerk ersten Ranges, das das Interesse des Zuschauers ungewöhnlich anregt. Auch die Darstellung der Hauptrollen, besonders der herrlichen, graulichen und sinnlichen Cleopatra, ist wahrheitsgetreu, wie es uns kein Geschichtsbuch anschaulicher schildern kann.

Einige übermütige Nischenhauer. die des Alkohols anheimelnd überdrüssig waren, führten am Sonntag mittags von einem in der Schulstraße haltenden Rikschawagen mehrere Flaschen Milch aus. Sie zogen damit in ein nahees Ladengeschäft, um sie dort unter allerlei Ull zu verstecken. Der Besitzer, der sich ihnen vergeblich zu entziehen versuchte, holte schließlich einen Schuhmann zu Hilfe. Nachdem dieser die Studenten mit Nadel aus dem Laden entfernt hatte, wollten sie mit dem Rikschawagen das Weite suchen. Erst als ein zweiter Schuhmann erschien, gelang es, die Uebermütigen abzuführen und so an weiteren Taten zu hindern.

Ein kleiner Eifersüchtiger. Der Besitzer eines einsamen gelegenen Hütchenhauses in der Nähe Gießens wollte mit seinem Anrechte einen Kirschbaum fällen. Der Knecht stieg hinauf, um ein Seil anzubringen, mit dem der angehängte Baum umgeworfen werden sollte; er wurde aber abgelenkt und ließ das Seil nur lose liegen. In der Meinung, daß es beinahe sei, riß der Knecht, dem es nicht reich genug ging, mit Peitschschlägen an dem Seil. Es gab nach und der Ueberreife slog in großem Bogen auf die Erde, allwo er sehr verundet liegen blieb. Das Seil soll ihm jetzt noch Schwierigkeiten bereiten.

Der Verein der Hausbesitzer läßt, wie man uns schreibt, gelegentlich seiner Jahres-Versammlung, die am Mittwoch Abend im Saal des Hotels Schütz stattfindet, einen Vortrag über Haushaltswirtschaft und die Versicherungsgesellschaft deutscher Haus- und Grundbesitzer, sowie über den Wehrbeitrag halten. Das Referat hierüber hat Rechtsanwalt Raab übernommen.

Die Silberne Hochzeit feiern heute Georg Schimmel und Frau. Herr Schimmel ist Werkmeister in der Zigarrenfabrik Vender.

Landkreis Gießen.

Lich, 18. Jan. Der starke Frost der letzten Woche ermöglichte es den hiesigen Brauereibesitzern und Regnern, diesmal in kurzer Zeit ihren Eisbedarf zu decken. Alle zur Verfügung stehenden Borräume sind schon gefüllt. Die Brauerei Jhring, die gegen 50 Arbeiter zwei Wochen lang beschäftigte, hat allein rund 1500 Jahren Eis geerntet.

Muschenheim, 18. Jan. Seit sehr vielen Jahren ist die Wetter in diesem Winter wieder einmal so stark zugefroren, daß sie zum Schlittschuhlaufen benutzt werden kann. Heute unternahmen viele Schlittschuhläufer auf der Wetter Ausflüge nach benachbarten Orten.

Lollar, 17. Jan. Durch Stauung der lahmabwärts-treibenden Eismassen an dem Wehre vor der Turbine am hiesigen Hüttenwerke hat das Wasser einen großen Teil der Gemarkung Ruttershausen überflutet. Um sich einen Abfluß zu verschaffen, haben die Hütten das anliegende Biefengelände auf eine Länge von ca. 100 Metern und durchschnittlich 20-25 Meter Breite durchbrochen. Hierdurch ist den Geländebesitzern ein großer Schaden entstanden.

Ruschenheim, 17. Jan. Der hiesige Landw. Konsumverein verlor bei der Hauptgenossenschaft Friedberg 3000 M. Zur Deckung dieses Verlustes wurden die Reserven und Geschäftsguthaben der Genossen vermandt; außerdem muß nach Beschluß der letzten Hauptversammlung jedes Mitglied noch 10 M. bezahlen. Das letzte Geschäftsjahr war für den Verein sehr günstig. Der Reingewinn beträgt nahezu 1800 M. Davon sollen als Warendividende 8 Prozent verteilt und der Rest zur Gründung eines neuen Reservefonds verwandt werden.

Kreis Bidingen.

Bidingen, 18. Jan. Der Wilddieb, der kürzlich in den hiesigen fürstlichen Waldungen überfallen und dann dem Wächtersbacher Gefängnis zugeführt wurde, dort aber noch am gleichen Tage ausbrach, wurde in Wittgenborn verhaftet. Er hatte sich hier in einer Scheune wohnlich eingerichtet.

Stadtheim (Oberhessen), 18. Jan. In Gegenwart des Kreisrats Boedmann (Bidingen) fand heute eine gutbesuchte Versammlung statt, die sich mit der Wiedereröffnung der seit sechs Jahren stillliegenden Zuckerraffinerie beschäftigte. Nach längeren Verhandlungen wurde ein Ausfluß gebildet, der in den Interessentenkreisen der umliegenden Umfrage halten soll, wieviel Morgen Zuckerrüben man zur Verarbeitung bauen will. Wenn mindestens 3000 Morgen angemeldet werden, soll die Raffinerie zum Herbst dieses Jahres wieder in Betrieb gesetzt werden. Der heutigen Versammlung nach zu schließen, ist die Stimmung für die Wiederaufnahme des Betriebes günstig.

Kreis Alsfeld.

Ohringshausen, 19. Jan. Gleichwie in Krosdorf, so ist auch für die hiesige Bäckermeisterei ein Kriegserdenmal mit einem Voranschlag von 2000 Mark beschlossen. Die Sammlung hat bis jetzt 1000 M. an freiwilligen Gaben ergeben. Das Denkmal kommt unterhalb der Kapelle und des alten Amtsgerichtsgebäudes an der Kreisstraße Weimar-Herborn zu stehen.

Kreis Lauterbach.

Lauterbach, 18. Jan. Die Inbetriebnahme der neuen Eisenbahnstrecke Riederaula-Schliß wird am 1. Juli dieses Jahres erfolgen. Die Strecke



Wer Odol konsequent täglich anwendet, gibt nach unseren heutigen Kenntnissen die denkbar beste Zahn- und Mundpflege aus.

Preis: $\frac{1}{4}$ Flasche (Monate ausreichend) Mk. 1.50.
 $\frac{1}{2}$ Flasche Mk. —.—.

1914

166 nach folgendem Muster:

Der Krieger:
von Starb, Weidmanns.

00 245

00 245